

Klimapolitische Maßnahmenvorschläge von Mitgliedern des Sounding Boards Gesellschaft des Wiener Klimarats (März, 2020)

Im Vorfeld der ersten Sitzung des Wiener Klimarats wurden alle Mitglieder des Sounding Boards Gesellschaft (SBG) des Wiener Klimarats eingeladen jeweils drei klimarelevante Maßnahmen, die Wien umsetzen sollte, zu benennen und zu priorisieren (Priorität 1 bis 3).

15 Mitglieder des Sounding Boards Gesellschaft sind dieser Einladung gefolgt und haben insgesamt 45 Maßnahmenvorschläge übermittelt. Diese finden sich unverändert, aber anonymisiert, in dieser Unterlage. Diese Maßnahmenvorschläge wurden von UIV, von der Stadt Wien mit der organisatorischen und fachlichen Betreuung des Wiener Klimarats beauftragt, zu fünf Themenfeldern geclustert um sie im Rahmen des ersten Wiener Klimarats an fünf Thementischen diskutieren zu können.

1_Energie & Gebäude

1.1_Vorgeschlagene Maßnahmen mit Priorität 1

Umgehende Verankerung einer langfristigen Sanierungsverpflichtung in der Wiener Bauordnung (inkl. Härtefallregelung bzw. sozialer Abfederung)

Entwicklung eines Sanierungsfahrplans (Gesamtsanierungskonzept) mit klaren Umsetzungsfristen + Verankerung im Ordnungsrecht sowie Flankieren durch im Zeitverlauf degressiv gestaltete Förderanreize. Mögliche Bestandteile:

- Bis 2023 verpflichtende Entwicklung und Veröffentlichung einer Phase-Out-Strategie für fossile Wärme auf Grätzl-Ebene inkl. Ausweisen der Gebiete für Fernwärmeausbau durch die Stadt Wien.
- Bis 2026 verpflichtende Erstellung eines Sanierungsfahrplans zum Erreichen der CO₂-Neutralität für jedes Gebäude durch die Gebäudeeigentümer*in. Teil des Gesamtsanierungskonzepts ist ein Umsetzungsplan bis 2045. Bei Nichteinhalten der CO₂-Neutralität ab 2050 Verlust der Benützungsbewilligung.
- Ab 2035: Sanierungsverpflichtung im Zuge des Eigentumsübergangs (Kauf, Erbschaft) von Immobilien
- Nach Wohnrechtsregime differenzierter Maßnahmenmix

Energiewende: Gas raus aus der Stadt

Gasheizungen müssen sowohl im Neubau als auch im Bestand tabu sein – somit dürfen alte und kaputte Gasheizungen/Ölheizungen nicht mehr durch neue fossile Heizsysteme ersetzt werden, um keine neuen jahrzehntelangen Abhängigkeiten zu schaffen. Bei Gebäudesanierungen und Neubauten müssen verpflichtend Photovoltaik-Systeme installiert werden – verbunden mit einem klimafreundlichen Wohnrecht, für das sich Wien beim Bund einsetzen muss.

Strategie zur Dekarbonisierung der Fernwärme

Aktuell ist der Anteil der Erneuerbaren an der Fernwärme bei nur 18%, und das obwohl der Anschluss an die Fernwärme eine Möglichkeit für Neubauten in den neu geschaffenen Klimaschutzzonen Wiens ist. Momentan wird 40% des Raumwärmebedarfs durch die Fernwärme abgedeckt. Um Raumwärme, welche durch eine zentrale Infrastruktur geliefert wird, zu dekarbonisieren, muss die Erzeugung der Fernwärme erneuerbar erfolgen. Da in Zukunft vermutlich mehr Gebäude

an die Fernwärme angeschlossen werden, braucht es eine strategische Auseinandersetzung mit der Frage wie die Fernwärme dekarbonisiert werden kann. [Zahlen aus: Szenarien für die Dekarbonisierung im Großraum Wien bis 2050. von ecofys]

Testung und Anwendung neuer Technologien im Neubau

Der Neubau, insbesondere der geförderte Wohnungsneubau, war und ist der Bereich (durch Grundstücksbeirat und Bauträgerwettbewerbe), um neue Technologien und zukünftige Entwicklungen (funktionale und soziale Durchmischung, neue Energieversorgungssysteme, E-Mobilität, Mobilitätspoints, Sharing-Systeme) zu erproben und diese sozialverträglich auch Richtung Bestand zu transferieren.

Photovoltaik-Offensive

Die nachhaltige und umweltschonende Versorgung der Stadt Wien mit erneuerbarer Energie wird in den diversen Konzepten und Strategiepapieren zwar stets erwähnt, jedoch meist ohne konkrete Maßnahmen. Vor allem in punkto Stromerzeugung gibt es ein großes Potenzial im Stadtgebiet. Gerade die vielen und großen Dachflächen von Gebäuden, die sich nicht für eine Dachbegrünung eignen (z.B. Häuser mit Giebeldach), sind prädestiniert für die Installation von Photovoltaik (PV) Anlagen. Durch den vermehrten Einsatz von erneuerbaren Energieträgern, beispielsweise Photovoltaik und Solarthermie, können Schritt für Schritt die Amtshäuser, Magistrate, Schulen oder anderweitige Unternehmungen umgerüstet werden. Dadurch werden große Mengen an Treibhausgas-Emissionen reduziert.

1.2_Vorgeschlagene Maßnahmen mit Priorität 2

Smart Solar City Wien

- Pflicht zur Installation von Photovoltaikanlagen im Neubau auch für Wohngebäude und Bildungseinrichtungen und auch bei der Sanierung von Gebäuden
- Stadt ohne Auto: Abschaffung der Stellplatzverordnung, Aufhebung der Pflicht Garagen bei Errichtung von Gebäuden vorzusehen; kein kostenloses und kein dauerhaftes Parken im öffentlichen Bereich; Neuanmeldungen von Fahrzeugen an Stellplatznachweis binden: Super-Block-Konzept umsetzen (Barcelona)
- Umgehungen vermeiden (siehe neue Stadtentwicklungsgebiete: Parkplätze an der Oberfläche reduzieren, Kfz-Verkehr reduzieren)!
- Effizienz: Anhebung der Sanierungsrate und der Sanierungsqualität (NEH-Standard) insbesondere bei Wiener Wohnen; Ausweisung von Klimaschutz-Gebieten auch bei der Sanierung; Anpassung der Wiener Bauordnung

Energieversorgung und -verbrauch optimieren

Der nächstgrößere Anteil an den Treibhausgasen kommt aus dem Energieverbrauch und Abgasausstoß der Haushalte und der Industrie. Hier muss ein Umstieg auf nachhaltigere Heizungs-systeme (Fernwärme aus Industrieabwärme, Solarenergie, Warmwasseraufbereitung mittels Sonnenkollektoren, Strom aus erneuerbaren Energiequellen, Wärmepumpen) forciert und entsprechend finanziell gefördert werden und bei gleichzeitigem Ausbau der Infrastruktur geschehen, um das zu ermöglichen. Es könnte von Gasetagenheizungen abgesehen und gemeinsame Hausanlagen gefördert werden. Eine verpflichtende Passivenergie-Bauweise, eine Fassadenbegrünung oder Ähnliches könnte zudem in die Bauordnung bei Neubauprojekten einfließen. Ebenso muss man die Industrie hier mitverpflichten und zur technischen Aufrüstung ihrer Abwärme- und Abgassysteme überzeugen und zur Zusammenarbeit bewegen (Stichwort Kreislaufsysteme, Öko-Industriepark Kalundborg, DK).

Weiterentwicklung des Bestands im Sinne der Dekarbonisierung

Maßnahmen im Wohnungsbestand haben aus quantitativen Gründen eine besonders starke Hebelwirkung. Daher ist auf eine intelligente, sozial verträgliche, ökologische Weiterentwicklung des Bestandes - im Sinne einer Dekarbonisierung - besonderes Augenmerk zu legen (Nachrüstung mit PV-Anlagen, Fernwärme, Wärmepumpen, Geothermie, Wind, ...).

Die Umstellung der Energieträger unter Weiterverwendung der bestehenden Leitungsinfrastruktur oder Adaptierung/Nachrüstung hydraulischer Wärme/Kälteverteilungssysteme wird besonders wichtig sein. Dies gilt es vorzubereiten und umzusetzen.

Geothermie-„Mitmach-Bewegung“ / Tiefenbohrung + Wärmespeicher bei Bauprojekten obligatorisch

Bei allen Neubauprojekten (Gebäude, Anlagen) werden Geothermie-Wärme-Speicher obligatorischer Bestandteil der baulichen Maßnahmen, sofern technisch sinnvoll. Das hebt Potenziale, die sonst auf Jahrzehnte nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand nutzbar wären. Errichtung und Betrieb der Geothermie optional durch Gebäudeeigentümer*in oder die Stadt Wien.

Hintergrund: in allen Quartieren Wiens ist der Ersatz von Gas durch Geothermie + Solar für die Wärmebereitstellung von Gebäuden möglich und bietet zusätzlich die Option, im Sommer zu kühlen (temperieren). In sehr dichten Quartieren werden dazu auch öffentliche Flächen benötigt werden. Die Kosten für die Errichtung weichen dabei auf 20 Jahre gerechnet nur unwesentlich von den Kosten für die Weiterführung der Wärmeversorgung durch Erdgas ab. Rechnet man die Kühlung mit ein, liegen sie sogar geringfügig unter denen von Gas.

1.3 Vorgeschlagene Maßnahmen mit Priorität 3

Raus aus Gas

Das flächendeckende Verbot von Gasheizungen in Neubauten für ganz Wien ist längst überfällig, einhergehend damit braucht es ernsthafte Anstrengungen für ein Phase-Out von fossilen Heizsystemen im Gebäudebestand. Zum Beispiel eine verpflichtende Energieberatung bei Erneuerung einer Gasheizung, um sich über Alternativen aufklären zu lassen. Alternativen dazu gibt es ausreichend: Förderungen für erneuerbare Energieträger müssen für eine ernsthafte Erreichung der Dekarbonisierungsziele angehoben werden, sowie eine verpflichtende Errichtung von PV-Anlagen auf Dächern muss festgelegt werden. Außerdem ist seitens des Wärme-Generalversorgers Wien Energie ein ernsthafter Ausstiegsplan vorzulegen und einzuhalten, um auch den erneuerbaren Anteil der Fernwärmeversorgung von 18% auf 100% anzuheben. Bewohner*Innen sollen einen einfachen und fairen Zugang zu lokal produzierter erneuerbarer Energie haben.

Abnahmegarantie / Abnahmeprozess für dezentralen Strom

Erarbeitung und Einführung eines KundInnen-orientierten Prozesses bei den Wiener Netzen, um Bewilligung, Anschluss und Stromeinspeisung dezentraler PV-Anlagen rasch zu ermöglichen: Fristen, Kostendeckel, Anschluss, Abnahme-Verpflichtung zu kostendeckenden Preisen.

Hintergrund: langwierige Verfahren und Umsetzungshindernisse reduzieren derzeit die installierte Leistung erheblich.

Dächer für Photovoltaik

Die Bundesregierung hat mit der Mission 2030 ein 100.000-Dächer-Programm vorgestellt. Nun stellt sich heraus, dass in Wien zwar sehr viele Dachflächen vorhanden sind „Solarkataster der Stadt Wien“. Dennoch müssen gerade vor allem gewerblich genutzte Gebäude vor Installation einer Solar bzw. PV-Anlage ihre Dachkonstruktionen verstärken.

Im Zuge von Sanierungen bzw. beim Neubau von Gebäuden sollten die Dächer so konstruiert werden, dass eine Solar- bzw. PV-Nutzung jedenfalls gegeben ist und somit dem Stand der Technik angepasst werden.

Erneuerbar Eigenstromerzeugung für Betriebe ist jedenfalls klimaschonend und sinnvoll.

2_Stadtplanung und (coole, grüne) Grätzl

2.1_Vorgeschlagene Maßnahmen mit Priorität 1

Klimawandel Adaptation: Urbane Kühlung – coole Stadt

als integrativer verpflichtender Projektbestandteil für Neubau, Sanierung sowie Adaptierung von Einzelobjekten, Grätzeln und ganzen Stadtteilen – beinhaltend sämtliche Lösungsansätze wie Beschattung, Begrünung, Wasserflächen bis zu Infrastrukturlösungen wie Kühlnetzen, Ausschöpfen aller technologischen Optionen wie solare Kühlung, Wärmepumpen, Erdsonden uvm (insbesondere bei Objekten für sensible Gruppen wie Senior*innen, Kranke, Kleinkinder etc.) und Entwicklung niederschweligen Angeboten für Privathaushalte.

Ausgangspunkt für größere Projekte sind bspw Sanierungsvorhaben im kommunalen Wohnbau – Objekte der 1950-1980er oder auch Neubaugebiete/-objekte. Damit einhergehende Effekte und Synergien sollten optimiert werden wie u.a. Absenkung der Umgebungs- und Innenraumtemperatur, energieeffiziente Lösungen, Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum

Schaffung von Kühlzonen/Kühlräumen für die Bevölkerung zB in öffentlichen Einrichtungen, Einkaufszentren uä – stärkere Berücksichtigung von Kühlaspekten bei Verhandlung mit Bauträgern und bei der Quartiersentwicklung

2.2_Vorgeschlagene Maßnahmen mit Priorität 2

Grünanlagen statt Klimaanlagen

Massive Förderung und Ausgestaltung des städtischen Grünraums: Fassaden- und Dachbegrünungen, Straßenbäume, Bauminseln, Nachbarschaftsgärten. Stadtwildnis zur Bewahrung der Biodiversität, Parkanlagen, Naturschutzgebiete, Nationalpark, verpflichtende Grünanlagen bei Neubauten

Grundsätzliche Entsiegelung und Begrünung / Bepflanzung des Öffentlichen Raumes in der Stadt

Indem im untergeordneten Straßennetz (80 % der Straßen) das Prinzip der „coolen Meile“ (Wasser und Pflanzen) in Kombination mit der Verkehrsorganisation „Wohnstraße“ oder „Begegnungszone“ systematisch eingesetzt wird. Wichtigste Punkte dabei:

- 1 KEINE Gehsteigkanten mehr im untergeordneten Straßennetz (Begrenzung der Pkw-Abstellflächen durch Markierung und nicht baulich), dadurch Schaffung von multifunktional nutzbaren Flächen und systematischen Baumpflanzungen (Richtmaß mindestens 1 „großer“ Baum pro 5 Pkw-Stellplätze)
- 2 entlang aller Hausfassaden im Straßenbereich die Möglichkeit der Fassadenbegrünung vorsehen (unabhängig davon, ob die Hauseigentümer, sofort begrünen oder nicht), bei Erhaltung von mindestens 2,5 Meter Fläche für das Gehen
- 3 zur Sichtbarmachung dieser anderen Politik ein großes Leuchtturmprojekt umsetzen. Prädestiniert ist „Autofreier Ring“ als Boulevard zum Flanieren, Radfahren (Autos dürfen zufahren – Beispiel Mariahilfer Straße).

2.3_Vorgeschlagene Maßnahmen mit Priorität 3

Urbane Landwirtschaft erhalten

Leider wird die urbane Landwirtschaft immer mehr aus dem Stadtbild verdrängt gerade in den Außenbezirken muss sie dem Wohnbau weichen dabei gibt es viele Möglichkeiten kleinräumige Landwirtschaft zu betreiben ohne dass diese mit dem Wohnbau in Konkurrenz steht ein ungenutztes Potenzial sind meiner Meinung nach die Dächer von Mehrparteienhäusern. Mein Vorschlag ist dass jedes neugebaute seinen Bewohnern die Möglichkeit geben muss Urban Gardening am Dach zu betreiben auch über Konzessionsvergaben der Dachflächen an Berufsbauern sollten wir nachdenken. Des Weiteren müssen Bauern die sich bewusst für den Produktionsstandort Stadt entschieden gefördert werden. Abschließend möchte ich noch der Forderung einer Grünquote Gehör verleihen. Diese soll bei neuverbauten Flächen klar regeln, dass 10% der Fläche landwirtschaftlich beziehungsweise begrünt genutzt werden

Wege verkürzen in neuen Stadtentwicklungsgebieten durch Dichte und Multifunktionalität

In neuen Stadtentwicklungsgebieten durch Dichte und Multifunktionalität Wege verkürzen, Maßnahmen gegen Klimawandel und sommerliche Überhitzung mitplanen und die bestehende Stadt soweit verträglich nachrüsten.

Radikale Innovation & Fokus auf Wirkung

Identifikation eines Stadtteils zur Teilnahme an der EU Mission Climate Neutral Cities 2030. Klarer Fokus auf Governance – Monitoring – Partizipation.

Allgemeine Hinweise

Das Wording „radikal“ bezieht sich auf das von Maja Göpel im Buch „The Great Mindshift“ verwendete Konzept des radikalen inkrementellen Wandels. Ziele (Bsp. Klima) sind radikal, aber es geht um Transformationsprozesse, die durch viele kleine Schritte (inkrementell) Veränderungen auslösen, die in Summe eine zukunftsfähige Entwicklung ermöglichen.

In den vorhandenen Strategiedokumenten der Stadt Wien sind bereits alle Maßnahmenbündel angelegt, es geht nun darum, wesentliche klarer in der Planung zu werden (Transitionspfade, Governance), dabei auf Wirkung zu achten (Monitoring) und die BewohnerInnen nicht außen vor zu lassen (Partizipation). Gerade im Kontext der Stadt muss gar nicht vorrangig „Klima“ kommuniziert werden, sondern es geht um die vielen Co-Benefits, die durch Klimaschutz eine lebenswerte Stadt ermöglichen.

Klima(ge)wissen im Grätzel

Wissen – Bewusstsein – Handeln, damit dies gelingen kann braucht es partizipative und informative und vor allem ständige Angebote in Wiens Grätzeln.

Information zu Klimawandel, konkreten (auch persönlichen) Maßnahmen und deren Auswirkungen, aber auch realisierte Projekte und Aktivitäten sollen die Wr. Bevölkerung motivieren selber aktiv zu werden. Die Erfahrung zeigt, dass die Bereitschaft sich zu engagieren und mitzumachen relativ groß ist.

Wissen ist vorhanden, es geht um die Aufbereitung für spezifische Ziel- und Altersgruppen, aber auch um niederschwellige Angebot sich für die eigene Kommune – auch eine finanzielle Beteiligung ist für viele vorstellbar (Stichwort Bürgerkraftwerk u.ä.) – zu engagieren und das eigene Umfeld, den öffentlichen Raum oder kommunale Einrichtungen mit zu gestalten. Seitens der Stadt (mit den angelagerten Unternehmen) können zB entsprechende (Sanierungs-)Vorhaben und Projekte entwickelt werden, an denen sich Bürger*innen finanziell beteiligen/veranlagen können – Investitionssicherheit im Vordergrund.

Und es braucht engagierte Menschen, die das Wissen verbreiten, die Entwicklung von Projekten vor Ort unterstützen und diese vorantreiben – und zwar indem diese im öffentlichen Raum agieren, ganz nach dem Bring-Prinzip und durchaus marktschreierisch bzw. in interaktiven Formaten. Dazu reichen nicht 1x-Aktionen, sondern es muss sich ein permanentes agiles Angebot entwickeln. Anknüpfungspunkt könnten etwa die Gebietsbetreuungen sein, die um diese Aufgaben erweitert werden.

In den städtischen Unternehmen wiederum geht es darum Kompetenz in Sachen Klimawandel und entsprechende Maßnahmen aufzubauen, bevorzugt in Kooperation mit Branchenvertretungen, damit dieses Wissen auch an private Unternehmen weitergegeben werden kann. Beispiel z.B. KfZ-Techniker*in – Kompetenz zur Elektromobilität u.ä.

3_Personenmobilität & Infrastruktur

3.1_Vorgeschlagene Maßnahmen mit Priorität 1

Stopp von fossilen Großprojekten:

Projekte wie der Lobautunnel, die S1 (die Lobau-Autobahn und die Spange Seestadt), die Stadtstrasse Aspern sowie die Errichtung einer dritten Piste am Flughafen Wien müssen im Sinne einer Klimagerechten Stadt aufgehoben werden. Diese verhindern einen langfristigen Umstieg auf nachhaltige Mobilität. Als Ersatzmaßnahmen müssen sozial-gerechte autofreie Alternativen für Bewohner*innen der betroffenen Stadtteile geschaffen werden.

Reduktion des motorisierten Individualverkehrs durch

- 1 massiven Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel, vorwiegend emissionsfrei (S- und U-Bahn, Straßenbahn, E-Busse), besonders in den Flächenbezirken
- 2 Ausbau des Radwegenetzes
- 3 Fußgänger- und Begegnungszonen: barrierefrei, mit Sitzgelegenheiten
- 4 Parkraumbewirtschaftung in allen Bezirken
- 5 Kein weiterer Schnellstraßenbau (S1, Spange, Lobautunnel!)
- 6 Autofreie Bezirksteile

Motorisierten Privatverkehr reduzieren um Emissionen zu senken

Der Verkehr ist eine der größten Emittenten von Treibhausgasen sämtlicher Art und man ist in Wien selten tatsächlich gezwungen mit dem Auto o.Ä. zu fahren. Eine Einschränkung ist bereits durch attraktive öfftl. Alternativen erfolgt, muss aber weiterhin gesteigert werden. Das kann durch stetigen Ausbau des öfftl. Verkehrsnetzes (bei zumindest gleichbleibenden Fahrpreisen), Erhöhung der Fahrzeug-Taktung im ÖV, Bepreisung sämtlicher Parkplätze, schrittweise Unterbindung des Ausbaues von Parkflächen im Stadtgebiet aber Attraktivierung der Parkflächen bei öfftl. Verkehrsknotenpunkten am Stadtrand für PendlerInnen, Ausbau der Radwege und mit dem Ausbau des Ladenetzes für Elektrofahrzeuge bzw. der Infrastruktur für Wasserstofftankstellen geschehen. Des weiteren sollten Begrenzungen für besonders emissionsreiche Verkehrsmittel ähnlich einer Stadtmaut eingeführt werden. Man könnte auch Busfahrstreifen für Fahrzeuge freigeben, die mehr als 3 Insassen befördern (gemeinsame Fortbewegung fördern).

Kfz-Verkehr durch Einpendelnde systematisch reduzieren.

Wiens Bevölkerung selbst fährt relativ wenig Auto, allerdings gibt es ein großes Kfz-Einpendelproblem. Daher Modal-Split des ganzen Ballungsraums verbessern, nicht nur in der Kern-Stadt. Dazu 3 Stoßrichtungen:

- 1 konsequenter S-Bahn-Ausbau in und um Wien (z.B. Nadelöhr Bahnhof Meidling, S-Bahn-Ring mit S45 über Penzing nach Meidlung – Hauptbahnhof – Handelskai - Heiligenstadt)
- 2 systematische Reduktion von Abstellmöglichkeiten für Pkw im öffentlichen Raum (z.B. 5.000 Abstellplätze weg pro Jahr bis zum Jahr 2040)
- 3 City-Maut einführen, denn viele Einpendelnde werden durch das Parkpickerl nicht erfasst, weil sie am Arbeitsplatz Abstellflächen vorfinden. Einpendelnde müssen für die Straßen-Infrastruktur bezahlen, die sie nützen.

Ausbau der Elektromobilität

Trotz der wachsenden Zahlen an Jahreskarten für den Nahverkehr ist auch die Zahl der Autos in Wien gestiegen, die Menschen und Unternehmen wollen auch in Zukunft flexiblen Individualverkehr, dies schließt jedoch nicht aus diesen möglichst dekarbonisiert zu gestalten. Der erste Punkt hierbei ist die Ladeinfrastruktur zu verbessern mit dem Ziel das es im Umkreis von einem Kilometer an jedem Ort in Wien eine E Tankstelle gibt. Des Weiteren muss die Stadt bei der Konzessionsvergabe an Taxis bzw. Car Sharing-Unternehmen klare Richtlinien setzen, dass bei Neuanmeldungen von Fahrzeugen nur noch E-Autos ab 2025 toleriert werden. Ab 2030 soll der Verbrennungsmotor für diese Anbieter verboten werden. Dieses Verbot soll ebenfalls für die Fahrzeuge der Stadtwerke gelten. Des Weiteren fordere ich die Ausweitung des Wien Bonus für Firmen, die Elektroautos nutzen, und die Einrichtung eines Förderungsfonds für Elektroautos im privaten Bereich.

3.2_Vorgeschlagene Maßnahmen mit Priorität 2

Mitigation: Saubere Wiener Luft

- Bedingungslose Umstellung der gesamten kommunalen Flotte auf 100% fossilfrei bis 2030
- Stadtregierung, Stadtverwaltung und städtische Unternehmen: sukzessive Umstellung sämtlicher Fahrzeuge auf fossilfreie Varianten – d.s. Busse, diverse KfZ (Spezialfahrzeuge: sofern am Markt verfügbar) aber auch sämtliche Dienstfahrzeuge.
- öffentliche Beschaffung als Hebel nutzen – klimarelevante Kriterien, klimafreundliche Lieferanten, Elektrotaxis
- Angebote/Incentives für den Umstieg bei Verzicht aufs eigene Auto
- Sukzessive Umwidmung von Parkplätzen auf Grüninseln/Stadtoasen u.ä. – 10 % p.a. bis 2030 (d.s. dann rd 40 % vom aktuellen Bestand)

Zusätzlich Maßnahmen im kommunalen Wirkungsbereich zur Verminderung des THG-Ausstoßes im Güterverkehr, beispielsweise

- Entwicklung eines Labels zur Kennzeichnung von Güterfahrzeugen nach „Klimaklassen“ für die Stadteinfahrt
- Sukzessive Zufahrtsbeschränkungen für Altfahrzeuge mit schlechter Klimaperformance – Perspektive 10 – 15 Jahre
- Belohnung klimaneutraler Lieferanten etc.

E-Mobilitätsoffensive

Die E-Mobilität gewinnt immer mehr an Bedeutung. Keine Emissionen und weniger Lärm durch E-Fahrzeuge sind überzeugende Argumente dafür, die Zeichen in Richtung E-Mobilität zu setzen. Obwohl die Technologie immer ausgereifter wird, stößt ihre Durchsetzung immer noch auf Hindernisse. Würden immer mehr E-Fahrzeuge zum selbstverständlichen Bestandteil des Verkehrsgeschehens werden, wäre auch die Bereitschaft höher, auf ein solches Auto umzusteigen. Die komplette Umstellung der stadt eigenen Flotte auf E-Mobilität im größten Sektor für Treibhausgas-Emissionen „Verkehr“, ist einer der wichtigsten Hebel zum Schutz des Klimas. Wobei für städtische PKW die Batterietechnologie wahrscheinlich günstiger und effektiver sein wird und bei längeren Distanzen außerhalb der Stadt sowie bei Bussen und LKW der Wasserstoffantrieb zu bevorzugen ist. Zudem muss die erforderliche Ladeinfrastruktur weiter ausgebaut werden – dies betrifft den öffentlichen sowie auch den privaten Sektor.

Ende der Abhängigkeit vom Auto und mehr Sicherheit in der Stadt

Ein klarer Schritt weg vom Individualverkehr! Das Wiener Verkehrssystem ist nach wie vor zu einem großen Teil auf das Auto ausgelegt. Im Sinn einer flächengerechten Stadt müssen wieder Bewohner*innen und ihre Gesundheit in den Vordergrund gestellt werden. Die unfaire Aufteilung der städtischen Verkehrsflächen muss durch eine schnellstmögliche Verkehrswende geändert werden. Erste Schritte in diese Richtung sind versteckte MIV-Subventionen beenden, wie die Streichung der Stellplatzverpflichtung aus dem Wiener Garagengesetz, wohnfonds-Förderungen für Stellplätze auflösen, eine verpflichtende City-Maut sowie die Streichung von öffentlichen Parkplätzen in der Innenstadt und das Verbot von Stellplätzen in Erdgeschossflächen, was unter anderem zu einer Belebung des öffentlichen Raumes führt.

3.3 Vorgeschlagene Maßnahmen mit Priorität 3

Raus aus fossil, Nein zur 3. Piste

Raus aus fossil: Sämtliche Aktivitäten (Maßnahmen, Gesetze, Verordnungen etc.) werden hinsichtlich Ihrer Klimawirkung wissenschaftlich fundiert überprüft. Klimaschutz-kontraproduktive Maßnahmen werden nicht mehr gesetzt. Besonderes Augenmerk verdienen Langzeitwirkungen und Lock-In-Effekte (große Herausforderung: Erdgas).

Wien setzt Signale: keine 3. Piste, keine Lobau-Autobahn (bzw. neuerliche Diskussion)

Wien engagiert sich auch auf österreichischer und europäischer Ebene. Anhand der Rolle der Atomenergie in der LTS 2050 der EU werden Mängel und kontraproduktive Maßnahmen aufgezeigt. Wien setzt sich energisch für Energieeffizienz und gegen Einsatz fossiler Energieträger, CCS etc. ein.

Klimaschutzwende im Verkehr

Das gesamte Mobilitätssystem muss entlang des Prinzips „vermeiden – verlagern – verbessern“ umgestaltet werden. Das heißt für Wien: Klimaschädliches Autofahren stärker bepreisen (ökologische Citymaut-Systeme mit Lenkungswirkung), den öffentlichen Verkehr weiter ausbauen und verdichten sowie Radwege flächendeckend hochwertig ausbauen (Fokus auf baulich getrennte Rad-Infrastruktur und Rad-Schnellwege – auch um klima- und familienfreundliches Pendeln zur Arbeit und zur Schule zu fördern). Autofreie Zonen stark ausweiten, in allen Bezirken umsetzen und damit Brennpunkte der Feinstaubbelastung entschärfen. Diese in weiterer Folge schrittweise ausdehnen.

Versteckte MIV-Subventionen abschaffen

Die Stellplatzverpflichtung aus dem Wiener Garagengesetz streichen - sie hat ihre Aufgabe, Autos aus dem öffentlichen Raum zu entfernen, nicht erfüllt, sondern zu mehr Autos auf den Straßen Wiens geführt. Als Privatperson ist es bis auf Ausnahmefälle möglich, in Wien ohne PKW zu leben. Deshalb muss es auch erlaubt sein, Gebäude (Wohn- sowie Bürobauten) ohne Parkplätze zu errichten. Zudem macht es keinen Sinn Mobilitätsformen, die in wenigen Jahren der Vergangenheit angehören müssen, als Tiefgaragen und versiegelte Parkplatzflächen zu verewigen. Weiters sollte in Baugesetzen die Möglichkeit geschaffen werden, Parkplätze bei Bestandsbauten zu demolieren und sie im Sinne der Entsiegelung als Grünfläche gegen den urban heat island effect neu zu nutzen.

4 Wirtschaftsstandort, Arbeit & Soziales

4.1 Vorgeschlagene Maßnahmen mit Priorität 1

Wiener Strukturwandel-Fonds

Wiener Strukturwandel-Fonds: neue Form der aktiven Vermittlung von neuen Arbeitsplätzen (mit maßgeschneiderten Qualifizierungsmaßnahmen) für Beschäftigte, die vom Strukturwandel negativ betroffen sind – auch schon bevor sie arbeitslos werden (Ergänzung zum AMS); enge Kooperation mit Betrieben mit Arbeitskräftebedarf (z.B. Wien Holding, Wiener Linien, ÖBB). Die Dekarbonisierung der Wiener Wirtschaft soll auch Chancen und Alternativen für die Beschäftigten schaffen (sozial gerechter Strukturwandel). Zentrale Elemente einer „Just Transition“ sind Maßnahmen im Bereich der Qualifizierung und Weiterbildung (WAFF), arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (inkl. Vermeidung von Arbeitslosigkeit, auch während der Umschulung) sowie den Erhalt des öffentlichen Eigentums. Dazu sollen gezielte Instrumente entwickelt werden, die nicht von den Beschäftigten selbst finanziert werden müssen. Verteilungsfragen sollten bei allen Maßnahmen systematischer analysiert und diskutiert werden („Umweltgerechtigkeit“).

Förderrichtlinien der Wirtschaftsagentur hinsichtlich „Klimafreundlichkeit“ überarbeiten.

Wiener Förderungen sollten verstärkt für klimafreundliche Projekte vergeben werden (angelehnt an den Green-Deal) und nachhaltige Projekte auch im Förderwettbewerb einen Vorteil erhalten.

Ein periodisch wiederkehrender Fördercall zum Schwerpunktthema „Umwelt-Klima-Nachhaltigkeit-Energie- Mobilität“ soll bei der Wirtschaftsagentur Wien etabliert werden.

In den bereits bestehen Förderprogrammen soll ein Umwelt-Bonus in Form eines Zuschusses vergleichbar mit dem aktuellen „Frauenbonus“ (€ 5.000) für herausragende Projekte vergeben werden.

Im Rahmen der Weiterbildungsförderungen des waff soll im Förderprogramm „Innovation und Beschäftigung“ die Innovationen aus dem Bereich Umwelt und Klimaschutz vordergründig eine thematische Voraussetzung darstellen und unbedingt in die Richtlinie aufgenommen werden.

4.2_ Vorgeschlagene Maßnahmen mit Priorität 2

Wärmewende sozial gestalten

Wärmewende sozial gestalten: Besonders im Wärmebereich hat Wien durch den hohen Anteil an Fernwärme eine gute Ausgangsposition. Ein besonderes Augenmerk muss aber weiterhin auf die Bekämpfung von Energiearmut gelegt werden. Von 18.000 Haushalten in Österreich, die noch mit Kohle heizen, befinden sich allein 26,7 % in Wien und von 16.500 Haushalten, die über keine Heizung verfügen, sind 57 % ebenfalls in Wien. Ein Großteil der Betroffenen verfügt nur über sehr wenig Einkommen. Daher gilt es hier ganz gezielte Maßnahmen – auch im Bereich der Bauordnung – zu entwickeln, damit alle WienerInnen möglichst klimaschonend in warmen Wohnungen leben können. Ein wichtiges Element dabei ist der Ausbau der Fernwärme, wobei in diesem Bereich Schutzbestimmungen, wie sie KonsumentInnen im Strom- und Gasbereich haben, derzeit fehlen. Dazu sind transparentere Vertragsbedingungen, effektive Preiskontrollen und eine unabhängige Beratung sowie einfachere Rechtsdurchsetzungsmöglichkeiten notwendig.

Wien zur Technologie-Hauptstadt machen

Technologie und Innovation spielen eine große Rolle zur Lösung der Klimakrise. Smarte Ideen haben Aufwind und immer mehr junge Menschen gründen Start-ups und machen ihre Ausbildung in diesem Bereich. Lösungen welche in Wien erfunden aufgebaut und umgesetzt wurden schaffen nicht nur eine bessere Lebensqualität für die WienerInnen sondern kreieren auch neue Jobs für junge Menschen. Daher wünsche ich mir grüne Kompetenzzentren in Wien welche die jungen Unternehmen mit Know-How, Infrastruktur und Kapital unterstützen damit diese aktiv ihren Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels zu leisten können. Außerdem fordere ich einen Wiener Schüler Innovationspreis bei welchem Schulen ihre Ideen zum Klimaschutz vorlegen können und diese Ideen mithilfe von Budget auch umsetzen können.

White-Lable Paketboxen bei Park&Ride-Anlagen und Knotenpunkte des Öffentlichen Personennahverkehrs (OPNV) einrichten

Die Zuwächse beim online-Handel lassen eine Steigerung des Paketaufkommens im zweistelligen Bereich erwarten. Dieser Trend soll nach Einschätzung von Experten in den kommenden Jahren anhalten. Dabei wächst der Business-to-Customer Bereich am stärksten: Kurier-, Express-Paketdienstleister rechnen mit min. +36% Wachstum der Sendungsmengen pro Jahr.

Damit wird zusätzlicher Lieferverkehr induziert! Die Logistikketten der Dienstleister sind höchst effizient und optimiert. Dennoch lassen sich die hohen Nichtzustellungsraten und Retoursendungen seitens der Konsumenten nicht nachhaltig positiv beeinflussen.

Die Aufstellung von white-label Paketboxen (betreiberunabhängige offene Paketboxen) an hoch frequentierten Verkehrsknoten (Park&Ride-Anlagen, Bahnhöfe, U-Bahn-Stationen, Mobility-Points der Stadt Wien etc.) würde zu einer Entlastung auf der Straße führen, da die Konsumenten auf ihren Alltagswegen die Pakete abholen bzw. aufgeben können – unnötige Fahrten der Kurier-, Express-Paketdienstleister würden entfallen.

Die Stadt Wien (MA19, MA18) sieht die Aufstellung solcher Boxen im öffentlichen Raum kritisch. Internationale Beispiele zeigen aber, dass optisch ansprechend gestaltete Boxen an Verkehrsknoten einen Mehrwert für die Konsumenten bedeuten und einen Beitrag zur Einsparung von Emissionen leisten können. Mit entsprechenden Gestaltungs- und Aufstellungskriterien der Stadt für white-label-Paketboxen kann somit ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden.

4.3 Vorgeschlagene Maßnahmen mit Priorität 3

CO₂-neutrale Güterlogistik in der Stadt bis zum Jahr 2030

Denn immer mehr Personen-Mobilität wird am Weg über den online-Handel auf Güter-Verkehr verlagert (Lieferdienste, Zustelldienste). Wichtige erste Schritte:

- 1 vor allen Wohnhausanlagen Lieferzonen (Zustellzonen) markieren und dadurch frei halten von Privat-Pkw, um Zustellverkehr zu erleichtern
- 2 Stadtgebiet in Lieferzonen einteilen, wobei jede Zone (durch Ausschreibung) von nur einem Lieferdienst und das nur einmal täglich (Ausnahmen z.B. medizinische Versorgung etc. möglich) bedient wird, statt wie derzeit von vielen gleichzeitig und mehrfach am Tag (Post, UPS, DPD etc.)
- 3 die Vergabe der Zustellberechtigung für eine Zone ist zu binden an CO₂-Kriterien der Zustellung, also Transport-Fahrräder-Nutzung, E-Klein-Lkw etc.)

Klimaoffensive Gewerbeverkehr

Klimaoffensive Gewerbeverkehr: Im öffentlichen Personenverkehr ist Wien gut unterwegs, aber vor allem im Gewerbeverkehr besteht noch großer Handlungsbedarf. Als Teil einer Offensive müssen neben Förderungen auch restriktive Maßnahmen entwickelt werden, nicht zuletzt um die Umstellung auf einen emissionsarmen Gewerbeverkehr (Post- und Paketdienste, Geschäftsbelieferung, Handwerker, städtischer Fuhrpark) zu beschleunigen, den MIV – insbesondere innerhalb des Gürtels – zu verringern (z.B. durch Einhebung einer Verkehrserregerabgabe für Parkplätze von Unternehmen und Einkaufszentren) und klimafreundliche Mobilitätsformen auch im Güterverkehr zu unterstützen. Als zweites Element sollten bauleistungsansätze (z.B. RUMBA), die u.a. im Wiener kommunalen Wohnbau bereits in der Praxis erfolgreich eingesetzt wurden, zur Vermeidung von Lkw-Fahrten (CO₂-Emissionen), Abfall, Lärm und Feinstaub auf Baustellen möglichst bei allen Großbaustellen zur Anwendung kommen.

Regionale Lebensmittel in den stadteigenen Küchen

Der Wunsch nach mehr Lokalität und Transparenz ist bei den Wienerinnen und Wienern groß. Gerade die Stadt Wien verfügt über zahlreiche Bereiche, in denen der Ankauf von Nahrungsmitteln eine große Rolle spielt. Zu nennen wären hierbei vor allem der Spitalsbereich, aber auch Schulen und Kindergärten und viele andere Bereiche, in denen es darum geht, auf Basis nachhaltiger Kriterien einzukaufen. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um Sparten, in denen das Thema „Gesunde Ernährung“ ohnedies im Fokus der Überlegungen steht. Die Deckung des Eigenbedarfs an nachhaltigen Lebensmitteln in den Groß- und Gemeinschaftsküchen der Stadt Wien deutlich erhöht werden.

Schaffung bzw. Förderung von Einkaufsmöglichkeiten im Grätzel, vor allem mit lokalen, saisonalen und biologischen Lebensmitteln

Lokale Märkte, auch zur Unterstützung der sozialen Inklusion. Keine weiteren Einkaufszentren am Stadtrand, die Autoverkehr und Bodenversiegelung fördern. Verwendung vorwiegend lokaler, saisonaler, biologischer Produkte im Beschaffungswesen für Spitäler, Seniorenheime, Schulen, Kindergärten etc., ebenso keine Produkte aus Massentierhaltungen

5_Governance, Kommunikation & Partizipation

5.1_Vorgeschlagene Maßnahmen mit Priorität 1

Radikale Übersetzung

Von schwer kommunizierbaren Klimazielen zu vorstellbaren Bildern und klaren Maßnahmen bzw. zielgerechten Plänen (z.B. 15-min-Stadt Paris; z.B. Wienweite Radinfrastrukturplanung 2030 – z.B. Radwege auf/an 100% der Straßen).

Informations- und Motivationskampagne für Klimaschutz- und Klimawandelanpassung

Wien startet eine dichte, kontinuierliche Kampagne zur Information über und Motivation für Klimaschutz und Klimawandelanpassung für alle Personen und Institutionen über alle zugänglichen Kommunikationskanäle. Dazu gehören die klassischen Kommunikationsmedien (ORF Landesstudio Wien, diverse TV- und Radiosender, Printmedien, PID) aber auch influencer, social media, Agenda 21 Plus sowie Information durch gut informierte Meinungsführer und Multiplikatoren (von Landes- und Bezirkspolitikern bis zu Friseuren und Taxifahrern).

Wien geht im eigenen Bereich mit gutem Beispiel voran, prüft allfällige Hemmnisse (rechtliche, organisatorische, bürokratisch, finanziell) für Maßnahmen, beseitigt sie nach Möglichkeit und/oder setzt positive Anreize. Besonderes Augenmerk verdient der Armutsbereich.

5.2_Vorgeschlagene Maßnahmen mit Priorität 2

Nachhaltigkeitscheck bei neuen Gesetzesvorhaben.

Ein verpflichtender Klimacheck soll dazu führen, dass geplante Gesetze, Verordnungen und Bauprojekte der öffentlichen Hand gemeinsam mit der Wissenschaft auf ihre Auswirkungen für das Klima und die Natur überprüft werden müssen - mit konkreten Konsequenzen, transparent und nachvollziehbar für die Bevölkerung. Außerdem müssen die Auswirkungen auf das CO2 Budget klar ersichtlich sein.

Anpassung der Wiener smart city Rahmenstrategie an das Klimaneutralitätsziel 2040 der Bundesregierung

Durch das neue sich Entstehung befindende Klimaschutzgesetz werden auch die Bundesländer in die Pflicht genommen ihre Reduktionsziele nach zu schärfen. Aus Sicht des Landes und der Stadt Wien wäre es von Vorteil, sich schon jetzt auf diese Anpassung vorzubereiten um Möglichkeiten zu finden, wie eine solche Zielanpassung in die Wiener Gesetzgebung einfließen kann und wie auch die Smart City Rahmenstrategie so fluide gestaltet werden kann, dass dieses Ziel bzw. auch eine Anpassung an das sich in Entwicklung befindliche Wiener Carbon Budget durchgeführt werden kann.

Radikale Konsistenz

Klimacheck aller Landesgesetze und Leitlinien und klarer Plan zur Anpassung hinsichtlich Erreichung der Klimaziele (z.B. Bauordnung, Stellplatzregelungen, Beschaffung...) #futureprooflegislation.

5.3 Vorgeschlagene Maßnahmen mit Priorität 3

Aufklären, öffentlichkeitswirksam inszenieren, politische Verantwortung zeigen unter Miteinbeziehung der Bevölkerung

Was wären alle vorher genannten Maßnahmen ohne eine Klarstellung der Verantwortung auf Seiten der Stadt und unter Einbeziehung und Mitwirken der Bevölkerung? Schließlich bildet diese den größten Einflussfaktor. Daher ist es zwingend notwendig, dass man sämtliche Maßnahmen, die ergriffen werden, um die Klimaschutzziele der Stadt umzusetzen, publik macht und die Stadtbevölkerung über ein Wann, ein Warum und ein Wie in Kenntnis setzt und die Kosten sowie die Einsetzung von steuerlichen Mitteln klar und transparent darstellt. Rechtzeitig, überparteilich und sachlich. Man muss ebenso die Schaffung eines Selbstbewusstseins einer jeden Bürgerin, eines jeden Bürgers der Stadt Wien für die Einhaltung der Klimaschutzziele fördern und zur Mithilfe als gemeinsames Ziel motivieren. Und wenn es nur Kleinigkeiten sind, die man privat schnell umsetzen kann (zB die RT im Winter um 1 Grad im Vgl. zu reduzieren, Abfallvermeidung, Wiederverwertung). Das kann in Form einer Bewusstseinskampagne geschehen.

Medien gibt es dafür genug und die 48er besitzen in diesem Marketingbereich sicher beeindruckend großes Fachwissen.